

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Stadt Griesheim, liebe Leserinnen und Leser,

der Sommer hält langsam Einzug in unser Land. Eigentlich ist dies genau die richtige Zeit, sich nach der Arbeit entspannt zurückzulehnen und die schönsten Tage des Jahres zu genießen. Leider sind die Aussichten nicht ganz so ungetrübt, wenn man seinen Blick auf den Zustand unserer Stadt lenkt.

Da steht an erster Stelle die Sorge um unsere Finanzen – ein Thema, bei dem die Mehrheitsfraktion nach wie vor so tut, als hätte sich in den letzten Jahren nichts geändert. Und dass zudem die Kommunalaufsicht der Stadt Griesheim Ratschläge zur buchungstechnischen Fragen geben musste, scheint dort niemanden wirklich zu stören.

Ein Dauerbrenner ist und bleibt die Sanierung des Hallenbades. Nehmen Sie sich einmal die Zeit und versuchen Sie, sich einen eigenen Eindruck vom Fortgang der Arbeiten zu machen. Das ist gar nicht so einfach, ist doch alles ordentlich mit Planen verhängt. Man kann allerdings erahnen, dass im Grunde nur noch ein Dach auf Stelzen an dem Ort steht, an dem einst das Hallenbad zu finden war. Wir fragen uns natürlich, ob hier noch ein entscheidender Unterschied zu einem Neubau besteht, den zu prüfen die CDU seinerzeit

vorgeschlagen hatte! In jedem Fall werden wir den Kosten- und den Zeitrahmen im Auge behalten.

Zu einer regelrechten Posse hat sich die Gestaltung des Platzes Bar-le-Duc entwickelt. Die Vertreter aus Frankreich, die zur Einweihung angereist waren, sahen einen Platz, der nur



Verzögerung mit Ansage

CDU befürchtet Kostenexplosion · Konzept fehlt

Der zuständige Arbeitskreis der Griesheimer CDU Fraktion für den Umbau des Griesheimer Hallenbades sieht sich nach einer Besichtigung des Hallenbades durch den Schwimmbadausschuss in seinen Befürchtungen bestätigt, dass der Umbau und die Sanierung teurer würden, als ursprünglich im Parlament dargestellt.

Das Hallenbad ist derzeit komplett entkernt und muss aufwändige Instandsetzungsmaßnahmen erfahren, wobei

95 % der Technik ersetzt werden muss. Die Sanierung der oberen Etage mit Sauna und Gastronomiebereich soll vorerst nicht verändert werden. Das führt zu einem erheblichen, optischen Bruch zwischen dem neu zu gestaltenden „Trendbad“ und dem antikiert angehauchten Obergeschoß. Es fehlt ein stimmiges Gesamtkonzept, welches mit einem Neubau sicher kostengünstiger zu realisieren gewesen wäre.



mühsam verbergen konnte, dass er eigentlich noch gar nicht fertiggestellt war. Insbesondere der Kiosk harrt weiter seiner Vollenkung (02. Juni), aber auch der in eigenartiger Strenge gestaltete Wasserlauf will noch keine rechte Freude aufkommen lassen – der Ablauf versandete kurz nach Inbetriebnahme, das Wasser musste abgestellt werden.

Das zur Zeit beherrschende Thema in der Griesheimer Politik ist die Neugestaltung der Innenstadt im Bereich der Sparkasse und des Edeka-Marktes. Hier ist bereits viel Zeit regelrecht verschwendet worden, weil über die Köpfe einiger der Beteiligten hinweg ge-

plant wurde. Nun müssen endlich Vertreter aller betroffenen Gruppen an einen Tisch, um sich regelmäßig auszutauschen. Nur so kann es eine Lösung geben, die den Interessen aller Rechnung trägt und die im Gegenzug von allen mitgetragen wird.

Es gibt also noch viel zu tun in unserem Griesheim! Der Sommer kann zwar kommen, ein entspanntes zurücklehnen kann sich hier aber nicht jeder leisten!

Es grüßt Sie herzlich
Andreas Loring
Vorsitzender der CDU Griesheim

Neue Kindertagesstätte in der Rheinstraße

CDU-Fraktion enttäuscht: Festlegung des Energiestandards nur Kompromiss.

Griesheim ist eine Stadt, die einwohnermäßig weiterhin durch den Zuzug von jungen Familien wächst. Die Notwendigkeit des Ausbaus von Betreuungsplätzen für unter 3-Jährige (U3) sowie für reguläre Kindergartenplätze (3- bis 6-Jährige) ist in Griesheim folglich gegeben.

Dies wurde bereits im letzten Sommer fraktionsübergreifend erkannt und die nötigen Schritte eingeleitet, damit eine neue städtische Betreuungseinrichtung gebaut werden kann.

In der Stadtverordnetenversammlung im März 2012 wurde vom Magistrat eine Vorlage eingebracht, in der das Entwurfkonzept der neuen Kindertagesstätte festgelegt werden sollte. In diesem Zusammenhang wurde bereits eine konkrete architektonische Planung mit einem späteren Nutzungskonzept dieser Einrichtung vorgelegt.

Die CDU-Fraktion legte zu dieser Vorlage einen Änderungsantrag vor, der einerseits den dargelegten Konzeptentwurf mit der angegebenen Fläche akzeptiert, darüber hinaus jedoch die Ausführung des KiTa-Gebäudes im nicht zertifizierten Passivhausstandard beinhaltete. Zusätzlich sollte eine mögliche solarthermische Nutzung in die Planung mit einfließen. Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass Kosten, die zukünftig für den Betrieb einer solchen städtischen Einrichtung anfallen, gering gehalten werden sollten und dass die Stadt Griesheim auch Vorreiter in Hinblick auf energetische Erneuerungen und zukünftig anfallende Energiekosten sein sollte, ohne dabei den Blick für die Wirtschaft-

lichkeit zu verlieren. Die Stadtverordnetenversammlung verwies diesen Antrag in den Stadtplanungs- und Bauausschuss, in dem allerdings zunächst keine Beschlussempfehlung zustande kam, weil von der Mehrheit Bedenken über die geforderte Passivhausbauweise geäußert wurde. Diese Bedenken betrafen einerseits die Verbindung von technischen Ausführungen einer Passivhausweise mit dem Alltag einer Kindertagesstätte sowie die notwendigen Verhaltensweisen bei der Nutzung eines Passivhauses. Zu den erforderlichen Verhaltensweisen zählen, dass Nutzer dieser Einrichtung, wie Kindergartenleitung, Erzieherinnen, Elternschaft und Kinder, beachten müssen, dass beispielsweise gewisse Türen zu bestimmten Zeiten geschlossen sein sollten oder dass Türen zum Außengelände nicht ständig geöffnet sein dürfen.

Diese Lernfähigkeit sich bewusst auf diese notwendigen Verhaltensweisen einzulassen, damit das System funktioniert, wird künftigen Nutzern der Einrichtung von Vertretern der SPD-Fraktion vehement abgesprochen. Ebenso werden bereits gängige Lüftungssysteme in Frage gestellt. Diese sind insbesondere dafür wichtig, damit eine effektive Klimaführung in allen Räumen gewährleistet werden kann. Als Begründung für die Unvereinbarkeit eine KiTa-Betriebes mit der Passivhaus-Bauweise wurde auf die Besichtigung dreier solcher Einrichtungen im Landkreis verwiesen, wo gewisse Probleme in der Umsetzung sichtbar geworden waren.

Diese besuchten Kindertagesstätten nehmen eine wichtige Vorreiterrolle ein und andere Gemeinden könnten daraus lernen, was bei einem Neubau von eigenen Einrichtungen zu verbessern sei.

CDU-Fraktion gewinnt andere Einblicke in Passivhausbauweisen in KiTa's

Ganz andere Erfahrungen durfte die CDU-Fraktion gewinnen, die sich Anfang März 2012 zwei interessante, ebenfalls in Passivhausbauweise errichtete KiTa's in Frankfurt angesehen hatte. Dort wurden in den letzten Jahren immerhin zwölf neue Kinderbetreuungseinrichtungen in diesem Standard gebaut. Die dabei gemachten Erfahrungen fanden Eingang in eine eigene vom Magistrat der Stadt Frankfurt herausgegebenen Broschüre, welche die Richtlinien zum Neubau dieser Einrichtungen beinhaltet und in der die erforderliche energetische Ausstattung beschrieben wird.

Der zuständige Leiter für Neubau, PPP-Projekte, Fachmanagement Träger – KiTa's

Hermann Keller, stellte der CDU-Fraktion zwei Projekte vor, die gut funktionieren, weil durchdachte Konzepte hinter den Einrichtungen stehen.

Nebenbei bemerkt, hat Frankfurt für den Großteil seiner KiTa's die Fördermittel des Landes Hessen erhalten, weil rechtzeitig mit dem Ausbau der Betreuungseinrichtungen im U3 – Bereich begonnen wurde und die Fördermittel dafür beantragt wurden.

Besonders interessant war die Aussage der Leiterin einer KiTa, dass nicht das Zuführen von Wärme im Passivhausstandard, also das Heizen, ein Problem wäre, denn die Energie der Wärmezufuhr wird durch die Nutzer, in diesem Fall von den Kindern in den jeweiligen Altersgruppen geliefert. Vielmehr sei der Kühlung der Räume im Sommer zu beachten. Dies erfordere eine wirkungsvolle Lüftungseinrichtung, damit auch bei starker Hitze die Räumlichkeiten eine angenehme Lufttemperatur haben. Diese Notwendigkeit einer gezielten Lüftungsanlage wurde in Griesheim jedoch von der Mehrheit im Stadtplanungs- und Bauausschuss nicht als notwendig gesehen. Genauso wenig, wie unbedingt auf eine zusätzliche Fußbodenheizung gedrängt wurde, damit Kleinkinder nicht auf dem kalten Boden spielen müssten. Dass dieser kalte Boden in solchen Einrichtungen aufgrund der entsprechenden Wärmedämmung nicht mehr existiert, geht leider an manchen Mitgliedern des Bauausschusses vorbei.

Kompromiss der Fraktionen

Folglich konnten sich die Fraktionen in der Stadtplanungs- und Bauausschuss-Sitzung leider nur auf eine abgespeckte Variante der Passivhausbauweise verständigen. Diese beinhaltet zwar einerseits eine Dreifachverglasung der Fenster sowie einen hohen Dämmwert der Gebäudehülle, verzichtet dabei allerdings auf eine sinnvolle, gezielt arbeitende Lüftungsanlage. Das ist der energetische Beitrag einer Mehrheitsfraktion, die sich gerne als Vorreiter in Hinblick auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit versteht, wenn man dem Bericht der Griesheimer Klimaschutzinitiative Glauben schenken darf.

Konsequenzen für die Zukunft

Da die KiTa wahrscheinlich nicht die letzte städtische Einrichtung ist, die gebaut wird, wird sich die CDU-Fraktion zukünftig deutlich für die rechtzeitige Berücksichtigung gängiger energetischer Standards in öffentlichen Gebäuden einsetzen.

Ewige Geschichte Innenstadtbebauung

Ursprüngliche Ziele auf den Prüfstand stellen · Gespräche mit allen Beteiligten

Als noch zu Zeiten Bürgermeister Lebers ein Verfahren eingeleitet wurde, um Investoren für das Bauprojekt zwischen August-Bebel-Straße und Friedrich-Ebert-Straße zu finden, waren Alle im Parlament mehr oder minder begeistert. Es sollte ja zügig nach einer Entscheidung umgesetzt werden.

Vier Investoren bzw. Architekturbüros beteiligten sich an dem Verfahren. Bei der Vorstellung der Entwürfe herrschte noch die große Aufbruchstimmung. Es erfüllte zwar keiner der Entwürfe vollständig die Vorstellungen der Parlamentarier, aber man fand einen Kompromiss mit dem man hoffte, dass das Verfahren sehr schnell zu einem Ende kommen würde.

Ursprüngliche Idee stieß rasch an Grenzen des Machbaren

Die Partner, die zusammengespannt wurden, verzettelten sich aber in internen Auseinandersetzungen, so daß die Reibungsverluste so stark wurden, dass es schließlich zu einer Trennung kam. Außerdem war mittlerweile auch die Rathausspitze neu gewählt worden. Darüber hinaus wurden durch die Berichterstattung die Anwohner hellhörig und meldeten sich zu Wort.

Die ursprüngliche Idee, eine Gesamtbauung des Areals mit gewerblicher Nutzung längs der Wilhelm-Leuschner-Straße und einem Platz im Inneren mit angrenzender altengerechten Bebauung, stieß sehr rasch an die Grenzen des Machbaren. Auf der einen Seite sind die Anwohner des Quartiers die ihre berechtigten Interessen haben, dann ist es die Sparkasse Darmstadt, die ihren Standort erhalten will und einer Veränderung abwartend gegenübersteht, die Stadt mit ihrem Eigentum und die Grundstückseigentümer des Grundstücks mit dem jetzigen Edeka-Markt. Es ist der offensichtliche Wunsch aller, den Markt zu erhalten. Die Verkaufsfläche des neuen Marktes soll soweit vergrößert werden, dass die Produkte eines Vollsortimenters zeitgemäß dem Kunden angeboten werden können.

Der anfängliche Elan erlosch sehr schnell, als die ersten Schwierigkeiten auftraten. Als dann auch noch die Anwohner – zu Recht – sehr empört auf die Planungen, die auch



ihre Grundstücke betraf reagierten, war der Schwung vollständig dahin.

Es begann die Phase der gegenseitigen Schuldzuweisungen, ohne sich um Gespräche untereinander zu kümmern und insbesondere die Anwohner mit einzubeziehen. Vielleicht wäre es zum damaligen Zeitpunkt noch möglich gewesen, einen sinnvollen Kompromiss für das gesamte Quartier zu finden. Dieses wurde versäumt!

Anwohner wurden nicht ausreichend an Diskussion beteiligt

Die CDU hat immer wieder angemahnt, dass das Gespräch mit den Anwohnern gesucht werden muss. Aber es war anscheinend auch dem federführenden Investor nicht klar, wie er seinen Plan umsetzen soll oder mit wem er Gespräche führen darf. Dies führte aber dazu, dass ständig geänderte Planentwürfe vorgelegt wurden, ohne dass es einen Schritt weiter ging.

Wir waren immer der Auffassung, dass es notwendig ist, einen Supermarkt an dieser Stelle zu erhalten. Dieser braucht aber eine Verkaufsfläche von 1.000 bis 1.500 Quadratmetern, um ihn wirtschaftlich betreiben zu können. Er benötigt eine verkehrstechnisch gute Lieferanbindung und oberirdische Parkplätze. Damit ist der geplante Platz im Inneren des Quartiers nur möglich, wenn er auch als Parkplatz mitgenutzt werden kann. Um den Markt vorschriftsmäßig beliefern zu können, sind Eingriffe in die derzeitigen Straßen notwendig. Dies gilt auch für die Ein- und Ausfahrt der geplanten Tiefgarage. Mittlerweile ist auch klar, dass die Bereitschaft der Anwohner sich an der Bebauung zu beteiligen, nicht mehr in vollem Umfang vorhanden ist. Damit

ist ein vollständiges Überdenken der bisherigen Planung erforderlich.

Die CDU ist der Auffassung, dass eine sinnvolle Lösung nur machbar ist, wenn die ursprünglichen Ziele auf den Prüfstand gestellt werden. Eine rückwärtige Bebauung des Quartiers ist nicht möglich. Der Supermarkt ist für die Nahversorgung erforderlich und gewollt. Die dafür erforderlichen Parkflächen sind oberirdisch zu schaffen. Ein Platz auch in Verbindung mit dem Vorplatz der Kirche „Heilig Kreuz“ könnte geschaffen werden. Dies wäre am geschicktesten dadurch zu realisieren, dass das neue Wohn- und Geschäftshaus an die Sparkasse herangerückt wird. Eventuell wäre es dann möglich, die Arkaden des Sparkassengebäudes in einer besseren und nutzbaren Breite fortzuführen.

Einkaufszeile mit mehr Vielfalt

Vielfalt ist gefordert. Der Einkaufsmarkt sollte nicht die Straßenfront an der Wilhelm-Leuschner-Straße dominieren, sondern von der gestalterischen Ausnutzung her zum größten Teil in den hinteren Gebäudeteil orientiert werden. So wäre Platz für weitere Ladengeschäfte mit unterschiedlicher Nutzung. Ziel muss es sein, die Attraktivität einer Einkaufszeile durch Angebotsvielfalt zu steigern.

Möglicherweise wäre diese Lösung auf den städtischen Grundstücken und dem Grundstück der Eigentümer des Edeka-Marktes zu verwirklichen. Vielleicht wäre dann auch die Sparkasse Darmstadt bereit, eine aktivere Rolle zu spielen.

Ein Gelingen des gesamten Projekts wird nur möglich, wenn ALLE Beteiligten an einem Tisch sitzen und die Möglichkeit haben, sich gemeinsam untereinander auszutauschen.

**STÄRKEN SIE
DIE OPPOSITION
DURCH IHRE
KONSTRUKTIVE
MITARBEIT –
WERDEN SIE
MITGLIED
DER CDU
GRIESHEIM**

CDU STADTVERBAND
GRIESHEIM

www.cdu-griesheim.de

IMPRESSUM Herausgeber: CDU Stadtverband Griesheim, Andreas Loring, Bessungerstr. 113, 64347 Griesheim · Redaktion: Martins Cifersons, Feldmannstr. 13, 64347 Griesheim · Auflage: 10.000 Exemplare

Politik mit Halbwahrheiten

CDU-Antrag will eine Sicherung der Vereinsförderung erreichen

Mit Erstaunen hat die CDU-Fraktion die Veröffentlichung der SPD zu einem Gespräch mit den Sportvereinen zu Kenntnis genommen. Insbesondere, dass als Aufhänger dazu ein CDU-Antrag zum Anlass genommen wurde.

Nicht der Wahrheit entspricht die Aussage der SPD, dass der Antrag zur Überprüfung der Vereinsförderrichtlinien bereits eine Staffelung der Vereinsförderung beinhalten würde. Dies ist schlicht falsch und von daher kann eine solche „Regelung“ von der SPD überhaupt nicht abgelehnt werden.

Richtig dagegen ist vielmehr, dass die CDU-Fraktion einen Antrag zur Überprüfung der Vereinsförderrichtlinien gestellt hat, der am 26.01.2012 mehrheitlich verabschiedet wurde und damit den Konsens aller daran beteiligten Parteien fand.

Ziel des CDU-Antrags ist eine gezielte Sicherung der Fördermittel an die Griesheimer Vereine, die sich durch zahlreiche zeitaufwendige Aktivitäten mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz, und ihrer gesellschaftlichen Integrität einbringen. In der Haushaltsdebatte, die zu Beginn des Jahres geführt wurde, wurden Ansätze gesucht, die freiwilligen Leistungen der Stadt möglichst effizient und inhaltlich nachvollziehbar einzusetzen. Damit dies auch in Zukunft, trotz angespannter Haushaltslage möglich ist, sollten die Förderrichtlinien der Vereine im Rahmen des Haushaltssicherungskonzepts durchleuchtet werden. Denn in Zukunft wird eine Stadt Vereinen nur dann eine Förderung zukommen lassen, wenn sie dazu auch finanziell in der Lage ist. Darüber hinaus stimmt es verwunderlich, dass der SPD-interne Arbeitskreis Sport es dem Magistrat mit

seiner Bürgermeisterin offenbar nicht zutraut, vernünftige Vorschläge zur Ergänzung der Vereinsförderrichtlinien zu machen.

Dass der Sport ein wichtigstes Integrationsmittel ist, ist eine Selbstverständlichkeit und steht für die CDU in keiner Weise zur Diskussion. Sehr wohl sollte jedoch beispielsweise überprüft werden, ob auch Vereine, die zwar ihren satzungsmäßigen Sitz in Griesheim, ansonsten jedoch keinen Bezug zu der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern haben, ebenfalls in den Genuss der städtischen Vereinsförderung kommen sollten.

Aus diesem Grund wartet die CDU-Fraktion mit Spannung auf den Entwurf einer Vorlage von Magistrat und Bürgermeisterin, damit über die Förderrichtlinien und deren sinnvolle, zukunftsweisende Umsetzung diskutiert werden kann.

Ehrenamtliches Engagement wird wichtiger Neue Initiative hilft

Nicht nur heute, aber vor allem in der Zukunft, sind private Initiativen und die Förderung des Gemeinsinns für eine funktionierende Gesellschaft unerlässlich. Kultur- oder Sportvereine, Alten- und Jugendeinrichtungen, für Gesundheit, Bildung oder Umwelt und in sozialer Arbeit, lokal oder überregional, benötigen wir weiterhin das ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger.

Das Vereinsleben und das soziale Leben vor Ort sind mit dem Engagement des Einzelnen eng verbunden. Dies gilt es uneingeschränkt zu fördern. Der demografische Wandel in unserer Gesellschaft stellt uns vor schwierige Aufgaben. Der Staat steht dabei vor einer elementaren Herausforderung. Nur gemeinsam können wir uns Lösungen erarbeiten.

Die Landesstiftung „Miteinander in Hessen“ leistet einen wichtigen Beitrag in zahlreichen Projekten. Eine neue Kultur der Leistungsanerkennung und der Bürgerverantwortung soll weiter geprägt werden. Auf Initiative der Landesregierung ist eine Internetplattform unter dem Leitspruch „Gemeinsam-Aktiv“ ins Leben gerufen worden. Effektiver Kommunikations- und Informationsaustausch ist uns dabei sehr wichtig. Unterstützen auch Sie unsere Arbeit im Stadtverband der CDU Griesheim.
www.miteinander-in-hessen.de

Aus dem Landtag von Gottfried Milde:

Hessisches Schutzschild hilft

Beim Kommunalen Schutzschirm lässt die Hessische Landesregierung Worten Taten folgen – Hilfe für 106 Kommunen, die sich selbst aus eigener Kraft nicht helfen können.

Mit dem bundesweit einmaligen kommunalen Schutzschirm stärkt die Landesregierung die Handlungsfähigkeit der hessischen Städte, Gemeinden und Kreise. Insgesamt 3,2 Milliarden Euro stehen für die Entschuldung der ärmsten Kommunen zur Verfügung. Das ist ein tatkräftiger Beitrag der Hessischen Landesregierung zur Zukunftssicherung der Kommunen.

Mit dem Schutzschirmgesetz erfolgt die Umsetzung der Ende Januar zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden unterzeichneten Rahmenvereinbarung. Diese sieht vor, dass das Land die hessischen Kommunen mit dem größten Konsolidierungsbedarf von einem Großteil ihrer Schulden entlastet. Für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie die kreisfreien Städte wurde eine Entschuldungsquote von 46 Prozent vereinbart, für die Landkreise eine Entschuldungsquote von 34 Prozent.

Mit dem Kommunalen Schutzschirm stellen wir sicher, dass auch künftige Generationen noch genügend politischen Gestaltungsspielraum haben. Das Land trägt den Schuldenfond vollständig und garantiert eine deutliche Zinsvergünstigung. Die Landesregierung übernimmt damit in vorbildlicher

Weise Verantwortung für die Kommunen.

Hilfe leistet das Land 106 Kommunen, die sich selbst aus eigener Kraft nicht helfen können. Da Griesheim sich immer noch selbst helfen kann, gehört unsere Heimatstadt nicht unter den Schutzschirm. Das ist ein Grund sich zu freuen, weil es Griesheim noch gut genug geht, um nicht unter den Schutzschirm zu müssen.

Alle Kommunen, die als konsolidierungsbedürftig eingestuft wurden, haben die finanzielle Unterstützung nötig, um nicht von der Zinslast und der drohenden endgültigen Schuldenfalle erdrückt zu werden. Nach der zielgerichteten und notwendigen Hilfe der Hessischen Landesregierung müssen sie zukünftig dafür Sorge tragen, ihren Haushalt ebenso in Ordnung zu bringen und zu halten, wie die Kommunen, die den Schutzschirm nicht brauchen. Das werde ich für die Mehrheitsfraktion im Hessischen Landtag mit unterstützen und überwachen.

